



Ordentliche Hauptversammlung der E.ON AG
27. April 2005

Ausführungen

Dr. Wulf H. Bernotat

Vorsitzender des Vorstandes der E.ON AG

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserer Hauptversammlung.

Ich freue mich, Ihnen heute über die weiterhin erfolgreiche Entwicklung Ihres Unternehmens berichten zu können. E.ON hat im vergangenen Jahr weiter an Ertragskraft, an Wettbewerbsfähigkeit und an Profil in seinen Märkten gewonnen. Sehen wir uns einmal an, wo E.ON heute steht:

Die Entwicklung zu einem fokussierten Energiekonzern haben wir weitgehend abgeschlossen. Seit der Fusion von VEBA und VIAG zu E.ON haben wir aus diesen beiden Mischkonzernen ein fokussiertes Strom- und Gasunternehmen geformt. Dabei wurde mit Desinvestitionen und Akquisitionen ein Volumen von 90 Mrd €bewegt.

Auf der Karte (Chart) sehen Sie, meine Damen und Herren, wo wir inzwischen in Europa überall vertreten sind.

Im vergangenen Jahr ist im britischen Markt der Stromverteiler Midlands Electricity hinzugekommen. Und in Schweden haben wir unsere Beteiligung an Graninge auf 100 Prozent aufgestockt.

Und dann natürlich Osteuropa! In dieser Wachstumsregion haben wir mit kleinen und mittleren Schritten eine führende Position als westeuropäischer Partner erreicht. Nach Ungarn, Tschechien und der Slowakei ist uns im vergangenen Jahr auch der Markteintritt in Bulgarien und Rumänien gelungen. Außerdem haben wir mit MOL, dem größten ungarischen Öl- und Gasunternehmen, den Erwerb seines Gasgeschäfts vereinbart – wofür allerdings noch die kartellrechtliche Freigabe aussteht. Unsere osteuropäischen Beteiligungen machen bereits gute Fortschritte bei der Erschließung von Synergien zwischen benachbarten Aktivitäten – und verbessern damit zugleich die Versorgungsqualität.

Was wir im Strom- und Gasgeschäft aufgebaut haben, ist in dieser Kombination und dieser Konsequenz einzigartig im europäischen Markt. Sie sehen, meine Damen und Herren: Wir sind unserem Ziel, das weltweit führende Strom- und Gasunternehmen zu werden, im vergangenen Jahr ein gutes Stück näher gekommen.

Diese Veränderung der Architektur des Konzerns war ein großer und wichtiger Schritt. Jetzt müssen wir uns aber verstärkt den Menschen im Konzern zuwenden. Denn eines ist klar: Nur wenn alle Mitarbeiter in allen Bereichen des Konzerns für den gemeinsamen Erfolg optimal zusammenwirken, können wir die Möglichkeiten des Konzerns – denken Sie z. B. an das Zusammenwachsen des Strom- und Gasgeschäfts – voll nutzen. Dazu haben wir das Integrationsprojekt „OneE.ON“ gestartet. „OneE.ON“ ist – in einem Satz gesagt – so etwas wie das Spiegelbild unserer integrierten Konzernstrategie nach innen.

Wir wollten zunächst wissen, wie die Mitarbeiter über die Zusammenarbeit im Konzern denken und haben unsere rd. 70.000 Mitarbeiter dazu befragt. Wir haben dabei eine Reihe von Anregungen erhalten, die wir jetzt abarbeiten. Sehr gefreut hat uns aber, dass unsere Mitarbeiter außerordentlich stolz darauf sind, bei E.ON zu arbeiten.

In vielen Diskussionen haben wir dann die grundlegenden Werte und Verhaltensweisen erarbeitet, mit denen wir unsere Vision erreichen wollen, das weltweit führende Strom- und Gasunternehmen zu werden. Wir werden dafür sorgen, dass unser großes Reservoir an Wissen und innovativen Lösungen überall und jederzeit im Konzern zur Verfügung steht. Dazu werden wir die Konzernteile noch enger vernetzen und noch konsequenter auf das übergeordnete Konzerninteresse ausrichten.

Dass wir als Konzern künftig geschlossen auftreten, machen wir auch nach außen sichtbar. Deshalb treten seit Mitte letzten Jahres die Führungsgesellschaften aller europäischen Market Units mit der Marke E.ON auf. In diesem Jahr setzen wir auch auf der Ebene der Business Units unsere Einmarkenstrategie um. Künftig werden damit auch alle Regionalversorger des Konzerns in Deutschland „E.ON“ im Namen führen.

Im vergangenen Geschäftsjahr haben wir die meisten finanziellen Ziele, die wir uns für 2006 gesetzt haben, bereits erreicht oder übertroffen.

Das Adjusted EBIT – dies ist unsere zentrale operative Steuerungsgröße – haben wir im Konzern auf 7,4 Mrd € gesteigert. Im Kerngeschäft Energie haben wir 6,8 Mrd € erreicht und damit das Ziel von 6,7 Mrd € für 2006 schon übertroffen. Wie Sie sehen, wirken sich die klare Fokussierung und die zunehmende Integration unserer Aktivitäten bereits spürbar aus. Damit sind Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen möglich geworden, die sich seit 2003 bereits auf 590 Mio € addieren. Mehr als die Hälfte unseres Ziels, bis 2006 Kosten von insgesamt 1 Mrd € einzusparen, haben wir also schon erreicht.

Für dieses Jahr erwarten wir, das Adjusted EBIT gegenüber dem Rekordergebnis des Vorjahres nochmals leicht zu verbessern. Der bisherige Geschäftsverlauf bestätigt unsere Erwartungen. Im Mai werden wir Sie im Rahmen unseres Zwischenberichts – wie gewohnt – ausführlich über die Geschäftsentwicklung im 1. Quartal informieren.

EBIT, Kosten und Effizienz sind abstrakte Begriffe, hinter denen sich harte Arbeit verbirgt. Erreicht haben wir das alles nur, weil unsere Mitarbeiter wieder so engagiert gearbeitet haben. Hierfür möchte ich allen Mitarbeitern sehr herzlich danken. Bei den zahlreichen Veränderungen, die der Konzern durchlaufen hat, war es auch wichtig, dass Management und Arbeitnehmervertreter gut zusammengearbeitet haben. Hierfür danke ich den Arbeitnehmervertretern.

Wir hatten uns vorgenommen, bis 2006 eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals von mindestens 10,5 Prozent zu erreichen. Im vergangenen Jahr haben wir mit 11,3 Prozent dieses Ziel übertroffen. Wir liegen damit klar über unseren Kapitalkosten vor Steuern von 9 Prozent. Mit anderen Worten: Ihr Unternehmen, schafft Wert. Im vergangenen Jahr haben unsere Aktionäre eine Gesamrendite – also Kurssteigerung plus Dividende – von 34 Prozent erzielt.

Für das Geschäftsjahr 2004 schlagen Ihnen Vorstand und Aufsichtsrat eine Erhöhung der Dividende um 17,5 Prozent auf 2,35 € je Aktie vor. Mit dieser Erhöhung übertreffen wir unser Ziel, die Dividende bis 2006 jährlich im Schnitt um mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Wer sich im Markt umschaute, der sieht, dass wir uns mit einer Ausschüttung von insgesamt rd. 1,55 Mrd € und der sechsten Dividenden-erhöhung in Folge sehr gut sehen lassen können.

In den nächsten Jahren wollen wir Ihren Anteil am Erfolg von E.ON weiter vergrößern. Zum einen planen wir, eine höhere Ausschüttungsquote: Wir hatten uns ursprünglich vorgenommen, sie bis 2006 auf 50 Prozent des Konzernüberschusses vor Sondereffekten zu steigern. Dieses Ziel erhöhen wir jetzt sogar auf eine Bandbreite von 50-60 Prozent bis zum Jahr 2007.

Zum anderen wollen wir unsere insgesamt sehr erfolgreichen Desinvestitionen mit einer aktionärsfreundlichen Maßnahme abschließen. Nach Beendigung der laufenden Abgabeprozesse von Viterra und Ruhrgas Industries, mit der wir im Sommer dieses Jahres rechnen, steht nur noch eine große Transaktion aus: die Abgabe unserer rd. 43-prozentigen Beteiligung an Degussa. Wir planen, die E.ON-Aktionäre daran in voller Höhe teilhaben zu lassen. Wann und wie die Abgabe erfolgen wird und wie die Aktionäre beteiligt werden, ist aus heutiger Sicht noch offen. Wir prüfen zur Zeit verschiedene Optionen.

Eingangs habe ich Ihnen gesagt, dass E.ON ihre Entwicklung zu einem fokussierten Strom- und Gaskonzern weitgehend abgeschlossen hat. Sie werden uns fragen: Wie sieht nun das nächste E.ON-Kapitel aus?

Zunächst einmal wollen wir unsere bestehenden Marktpositionen weiter ausbauen. Dazu haben wir ein Investitionsprogramm von fast 19 Mrd € bis 2007 beschlossen. Allein auf Deutschland entfallen davon fast 6 Mrd €. Diese Mittel investieren wir in die Modernisierung und Instandhaltung der Strom- und Gasnetze sowie in umweltschonende Stromerzeugung. Nach aller Erfahrung sichern wir damit für die Dauer unserer Infrastrukturprojekte rd. 5.000 Arbeitsplätze außerhalb des Unternehmens.

Für die Zeit bis 2020 gehen wir davon aus, dass wir einen zweistelligen Milliardenbetrag in den Ersatz von Kraftwerken investieren werden, die aus Altersgründen oder im Rahmen der Vereinbarung über die Kernenergie vom Netz gehen. Hinzu kommen weitere, erhebliche Investitionen in die Netze. Sie wissen: Deutschland braucht dringend mehr Investitionen, damit unsere Volkswirtschaft wieder wächst und die Beschäftigung anzieht. Mehr denn je gilt der bekannte Satz von Helmut Schmidt: „Die Gewinne von heute sind

die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.“ Insgesamt werden wir mit unseren Investitionen Beschäftigung für bis zu 30.000 Menschen außerhalb unseres Unternehmens für die Dauer der Projekte sichern. So leisten wir einen wichtigen Beitrag nicht nur für die künftige Sicherheit der deutschen Energieversorgung, sondern auch für den deutschen Arbeitsmarkt.

In der langfristigen Perspektive stehen wir vor der strategischen Aufgabe, die Basis für künftige Wertsteigerungen nicht nur zu erhalten, sondern auch zu verbreitern. Wir haben uns mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt und sehen hier eine Reihe interessanter Optionen.

Unser regionaler Schwerpunkt ist und bleibt Europa - ein Markt, der noch lange in Bewegung bleiben wird. Die weitere Liberalisierung dieses Marktes bietet uns immer wieder Wachstumschancen.

Wir halten aber auch an unserer amerikanischen Konzerngesellschaft LG&E fest. Das Wachstumspotential des größten Energiemarkts der Welt wollen wir uns offen halten.

Für die langfristige Entwicklung unseres Gasgeschäfts wird es immer wichtiger, die Gasbezüge weiter zu diversifizieren und auch durch unmittelbare Beteiligung an Gasfeldern den Zugang zu eigenem Gas zu öffnen. Dies ist auch ein Beitrag zur Sicherung der künftigen Gasversorgung Deutschlands und Europas. Rund 30 Prozent des für 2020 zu erwartenden Gasbedarfs sind noch nicht gedeckt. Ein großer Teil dieser Gasmengen wird aus Russland kommen müssen.

Vor diesem Hintergrund wollen wir, wie Sie wissen, unsere Zusammenarbeit mit Gazprom, dem führenden russischen Gasunternehmen, vertiefen. Im vergangenen Juli haben wir mit Gazprom ein Memorandum of Understanding abgeschlossen. Wie Sie in der Presse verfolgt haben, hat Gazprom ebenfalls mit BASF ein Memorandum of Understanding über eine Kooperation beim Gasfeld Yushno Russkoje und beim Bau der Ostseeleitung unterzeichnet. Beide Projekte waren auch Gegenstand der bisherigen Verhandlungen mit E.ON.

Dennoch besteht für E.ON unverändert die Möglichkeit, sich an dem westsibirischen Gasfeld zu beteiligen. Außerdem werden wir die

Gespräche mit Gazprom über den Bau der Ostseepipeline und die Entwicklung gemeinsamer Vorhaben in der Energiewirtschaft fortsetzen.

Wir wollen unsere Gasversorgung aber nicht nur von einem Partner abhängig machen, sondern auf eine breite Basis stellen. Langfristig interessante Möglichkeiten bietet LNG, also Erdgas, das zu Transportzwecken verflüssigt wird. Deshalb schauen wir uns auch diesen Markt sehr genau an.

In den letzten Jahren haben wir uns darauf konzentriert, die Ertragskraft zu erhöhen, unsere Marktpositionen gezielt auszubauen und die erworbenen Beteiligungen vernünftig zu integrieren. In dieser Phase war es richtig, bei Akquisitionen auf kleine und mittlere Schritte zu setzen. Künftig wollen wir auch größere Akquisitionen nicht ausschließen, wenn – ich betone: wenn – sich interessante Gelegenheiten bieten, die unsere strengen Investitionskriterien erfüllen. Letztlich kommt es auf die Größe einer Akquisition nicht an. Sondern allein darauf, dass wir damit Wert schaffen.

Für die weitere Entwicklung von E.ON sind immer auch die energiepolitischen Rahmenbedingungen von großer Bedeutung. Worauf müssen wir uns hier einstellen?

Wenn man sich die derzeitigen Entwicklungen der Energiepolitik ansieht, kann man feststellen, dass sich Einiges in die richtige Richtung bewegt – wenn auch häufig erst nach langen und mühsamen Debatten.

Sachargumente haben es da manchmal schwer: So trifft man quer durch alle Parteien auf den festen Glauben, dass die Entgelte für die Nutzung der Strom- und Gasnetze mit der Regulierung automatisch drastisch sinken würden.

Hier werden die tatsächlichen Spielräume überschätzt. Unsere Strom-Netzentgelte liegen im europäischen Vergleich eher auf mittleren Plätzen, weil wir europaweit auch die höchste Versorgungssicherheit bieten. Wann haben Sie, meine Damen und Herren, zuletzt einen Stromausfall wahrgenommen? Und wenn der Strom wirklich einmal ausfällt, dann meistens, weil ein Bagger eine Stromleitung beschädigt

hat. In Frankreich fällt der Strom im Jahresdurchschnitt eine gute Stunde aus, in Großbritannien fast anderthalb Stunden und in Spanien sogar über 3½ Stunden; in Deutschland hingegen gerade einmal 15 Minuten! Hierzulande sind 70 Prozent der Stromleitungen als Erdkabel verlegt, weit mehr als in anderen Ländern. Erdkabel sind weniger anfällig, dafür aber wesentlich teurer als Überlandleitungen.

Damit Deutschland auch künftig über Energienetze verfügt, die zu den sichersten und leistungsfähigsten der Welt gehören, müssen die Netzbetreiber eine kapitalmarktorientierte Verzinsung erwirtschaften können. Dies ist bewährte Praxis in anderen europäischen Ländern, um ausreichend Kapital in Erhalt und Ausbau der Netze zu lenken. Was hierzu im Entwurf eines neuen Energiewirtschaftsgesetzes steht, reicht noch nicht aus.

Ohnehin kommt mit dem neuen Energiewirtschaftsgesetz einiges auf die Branche zu, weil mit diesem Gesetz und seinen Rechtsverordnungen die Regulierungsdichte noch einmal erheblich zunehmen wird. Dies ist nicht eben ein Beitrag zur Entbürokratisierung, die wir in Deutschland so dringend brauchen! Außerdem werden jetzt auch im Energiegesetz Verbandsklagen zugelassen – ein überflüssiges Instrument, das nur zu einer Flut von interessengeleiteten und sachfremden Klagen führen wird. Damit werden die Verfahren unnötig verlängert und Investitionen verzögert.

Nach einer Übergangszeit von etwa einem Jahr soll ein völlig neues, anreizorientiertes Regulierungssystem eingerichtet werden. Um hier vernünftige Lösungen zu erreichen, wird es entscheidend auf eine konstruktive und frühzeitige Zusammenarbeit von Netzbetreibern und Regulierungsbehörde ankommen. Entscheidend ist, ein effizientes Netzmanagement zu entwickeln, das die leistungsfähigsten Netzbetreiber belohnt. Darauf sollten wir uns konzentrieren, anstatt im Gesetz 25 Rechtsverordnungen und eine Fülle von Berichtspflichten zu verankern.

Die Initiative zur Neuregelung auch der deutschen Regulierung ging von der Europäischen Kommission aus. Wie dieses Beispiel zeigt, wird die energiepolitische Agenda immer mehr in Brüssel geschrieben. Und das ist im Prinzip auch unvermeidlich, denn wir bewegen uns längst in einem offenen europäischen Binnenmarkt für

Energie. Gleichwohl muss man sich manchmal fragen, ob dies in Deutschland schon überall mit der notwendigen Klarheit gesehen wird. Allzu oft trifft man in der deutschen Energiepolitik noch auf enge, nationale Denkweisen. Dies gilt insbesondere auch für das Bundeskartellamt. Viele energiepolitische Vorstellungen und Regelungen in Deutschland ignorieren noch immer die europäische Realität.

So verbinden sich hierzulande große Hoffnungen mit der Nutzung erneuerbarer Energien. Wir sind nicht gegen diese Energien. Wir sind der größte private Wasserkraftbetreiber Europas. In unserer Mittelfristplanung haben wir 1,1 Mrd € für Investitionen in erneuerbare Energien in Europa vorgesehen. Aber wir denken hier realistisch und in europäischen Dimensionen und das sollte auch für die Ausgestaltung der Fördersysteme gelten.

Zum Beispiel: Windenergie. Auch sie hat ihren Platz in einem breiten Erzeugungsmix. Um allerdings die Zielsetzung der Europäischen Kommission zu erreichen, wären sage und schreibe 133.000 große Windräder nötig. Und weil der Wind nun mal nicht gleichmäßig weht, schwankt die Stromerzeugung mit Windrädern sehr stark. Die Deutsche Energieagentur hat untersucht, mit welchen Auswirkungen zu rechnen ist, wenn die in Deutschland an Land und im Meer bis 2015 geplanten Projekte realisiert würden. Ergebnis: Um die Netze entsprechend auszubauen, wären Investitionen von mehr als 1 Mrd € nötig. Und auch dann wäre die Stabilität der Netze in Deutschland und in Europa durch die starken Schwankungen des Windstroms gefährdet.

Auch die volkswirtschaftlichen Belastungen sind erheblich: Das Fördervolumen für erneuerbare Energien steigt voraussichtlich bis 2015 auf über 8 Mrd € Hinzu kommen die Kosten für mehr als 1000 km neue Stromleitungen und vor allem für die Regelenergie zum Ausgleich der Windschwankungen. Dass dies alles die Energiekosten der Volkswirtschaft erheblich erhöhen würde, liegt auf der Hand. Nahezu die Hälfte der europäischen Windenergiekapazität ist bereits in Deutschland installiert, weil hier die Subventionen für diese Anlagen in den letzten Jahren im Durchschnitt das Dreifache des Marktpreises erreichten. Ein europäisches, wettbewerbsorientiertes

Fördersystem ist überfällig, um im europäischen Binnenmarkt die Möglichkeiten aller Länder effizient zu nutzen und die Lasten gleichmäßig zu verteilen.

Ein anderes Beispiel ist Photovoltaik. Sie wird in Deutschland mit mehr als dem zehnfachen des Marktpreises von Strom subventioniert. Warum ist Photovoltaik in Deutschland so teuer? Die Antwort kann jeder deutsche Spanien-Urlauber geben: Weil in Deutschland nicht mal im Sommer zuverlässig planbar die Sonne scheint. Da helfen auch alle Subventionen nicht.

Werden mit der Förderung erneuerbarer Energien aber nicht zumindest Arbeitsplätze geschaffen? In gewissem Umfang mag das zunächst sein. Mit hohen Subventionen Arbeitsplätze zu schaffen, ist aber keine große Leistung und auch keine nachhaltige Entlastung des Arbeitsmarkts. Außerdem fallen in anderen Wirtschaftsbereichen mindestens gleich viele Arbeitsplätze wegen höherer Energiekosten wieder weg, wie verschiedene wissenschaftliche Studien – u. a. auch im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums – ermittelt haben. Mit subventionsabhängigen Arbeitsplätzen, die im Wettbewerb nicht bestehen können, lässt sich die Beschäftigungskrise in Deutschland sicher nicht überwinden.

Die deutsche Energiepolitik geht aber nicht nur bei Wind und Sonne ihre eigenen Wege, sondern auch bei der Kernenergie. Denn Europa hat die Kernenergie keineswegs abgeschrieben.

Wir brauchen endlich mehr Realismus in der Energiepolitik! Und das heißt vor allem: Wir brauchen eine Energiepolitik, die zur Kenntnis nimmt, dass wir die Energiezukunft Europas gestalten müssen. Und zwar so, dass Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaverträglichkeit der europäischen Energieversorgung langfristig gewährleistet bleiben. Sonst wird Europa im globalen Wettbewerb der großen Wirtschaftsräume nicht mithalten können. Dazu muss gerade Deutschland als größtes Land der EU seinen Beitrag leisten, anstatt immer neue Subventionstatbestände zu erfinden. Europa muss vor allem auf den Klimawandel überzeugende Antworten geben.

Seit Jahresanfang haben wir ein europaweites Handelssystem für CO₂-Emissionslizenzen, das den Unternehmen erlaubt, die kostengünstigsten

Wege zur Vermeidung von CO₂ zu wählen. Hierfür ist E.ON gut gerüstet: Wir haben die CO₂-Emissionen unserer Kraftwerke in Europa seit 1990 je Megawattstunde um fast ein Drittel gesenkt. Durch Effizienzsteigerungen werden wir die Emissionen unserer Kraftwerke auch künftig weiter vermindern.

Jetzt muss dem Emissionshandel der logisch nächste Schritt folgen, nämlich die Anpassung der bisherigen Instrumente. Noch immer haben wir in Deutschland ein buntes Neben- und Gegeneinander verschiedenster Instrumente wie Ökosteuer und Subventionen für erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, die allesamt CO₂-Emissionen vermeiden sollen. Der ordnungspolitische Vorteil des Emissionshandels liegt aber gerade darin, dass er derartige Markt-eingriffe entbehrlich macht. Eine Bereinigung im klimapolitischen Instrumentenmix ist überfällig.

Aber wir müssen auch über 2012 – bis dahin reichen die klimapolitischen Verpflichtungen – hinaus denken. Auch wenn Europa bis 2012 seine CO₂-Reduktionsziele erreichen sollte, ist dem Weltklima damit noch nicht viel geholfen. Nötig ist ein europäisches Konzept, wie es nach 2012 energie- und klimapolitisch weitergehen soll. Deutschland läuft in einen Zielkonflikt: Ohne Kernenergie werden die deutschen CO₂-Emissionen nicht mehr sinken, sondern sogar wieder ansteigen. Diese Frage müssen wir offen und ehrlich diskutieren.

Ich kann auch heute nur wiederholen, was ich bereits auf unserer letzten Hauptversammlung gesagt habe: Wir brauchen eine Energiepolitik aus einem Guss.

Unsere Industrie ist wie kaum eine andere in das Spannungsfeld von Politik, Ökonomie und Gesellschaft eingebunden. Schließlich betreiben wir mit der Strom- und Gasversorgung Daseinsvorsorge. Hierfür brauchen wir die Akzeptanz der Gesellschaft als Geschäftsgrundlage unserer Arbeit. Deshalb nehmen wir die Diskussionen über Energiepreiserhöhungen sehr ernst. Ich habe Verständnis für die Sorgen der Kunden. Diese Diskussion sollte aber sachlich geführt werden.

Tatsache ist, dass ein Großteil der Preiserhöhungen beim Strom in Deutschland durch steigende staatliche Belastungen verursacht wird.

Allein die 1999 neu eingeführte Stromsteuer wird im laufenden Jahr ein Volumen von rd. 6,5 Mrd € erreichen. Von jedem Euro, den der Haushaltskunde zahlt, gehen inzwischen 40 Cent – bei Industriekunden 15-25 Cent – auf staatliche Eingriffe zurück. Hier sind wir für Proteste schlicht der falsche Adressat!

Und außerdem müssen wir zur Kenntnis nehmen: Die Zeiten billiger Energie sind international vorbei. Energie ist weltweit teuer geworden, vor allem, weil aufstrebende Länder wie China und Indien immer mehr Energie nachfragen. Von diesen langfristigen Trends der internationalen Energiemärkte kann sich Deutschland nicht abkoppeln.

So hat sich der Ölpreis seit dem 1. Halbjahr 2003 bis auf über 50 \$/b verdoppelt und hält sich seither unter Schwankungen auf diesem historisch hohen Niveau. Auch die internationalen Steinkohlepreise haben sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Im Sog des Ölpreises zogen auch die Gaspreise an, weil in unseren langfristigen Importverträgen der Gaspreis an den Ölpreis gekoppelt ist.

Derartige Fakten fanden in unserer deutschen, emotional aufgeladenen Diskussion kaum Gehör. Für mich ist klar, dass wir alles daransetzen müssen, das bei Verbrauchern verlorene Vertrauen zurückzugewinnen.

Wir wollen deutlich machen, dass wir ein Unternehmen sind, das seine gesellschaftliche Verantwortung sehr ernst nimmt. Was wir alles für Mitarbeiter, Umwelt und Gesellschaft tun, haben wir in einem Bericht zusammengestellt, den Sie an unseren Informationsständen erhalten können. Ich kann Sie nur ermuntern, diesen Bericht einmal durchzusehen. Ich glaube, Sie werden nicht wenig überrascht sein, wie vielfältig sich Ihr Unternehmen bereits engagiert. Wir haben uns auch „Global Compact“ angeschlossen, der Initiative des UN-Generalsekretärs Kofi Annan für einen am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierten Verhaltenskodex internationaler Unternehmen.

Aber wir wollen auch über unsere bisherigen Aktivitäten hinausdenken. Deshalb prüfen wir derzeit eine Reihe von Möglichkeiten, wie E.ON im Bereich Bildung/Ausbildung konkret helfen kann. Darin hat uns auch eine Befragung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bestärkt. In den nächsten Monaten werden wir dazu ein Konzept

vorlegen. Für mich besonders wichtig ist dabei die Berufsausbildung. Jeder junge Mensch muss eine echte Chance bekommen!

Deshalb haben wir im Jahr 2004 zusätzlich 300 Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung gegeben. Dieses Engagement werden wir deutlich ausbauen.

Im Titel unseres Geschäftsberichts spiegeln sich unsere unternehmerischen Prioritäten der nächsten Zeit: Wir wollen zusammenwachsen, also im Konzern immer enger und besser kooperieren, um alle Wertpotentiale auszuschöpfen. Zugleich wollen wir zusammenwachsen, um die Basis für kontinuierliche langfristige Wertsteigerung zu verbreitern.

Ziele unseres Handelns sind dabei: Höchste Versorgungsqualität für unsere Kunden, ökonomische Verantwortung gegenüber Ihnen, unseren Eigentümern, Wertschätzung für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und schließlich die gesellschaftliche Verantwortung in unseren Märkten.

Dies alles in Einklang zu bringen – das ist unser Ansporn. Und so, sichern wir den langfristigen Erfolg Ihres Unternehmens!

Diese Rede kann bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen enthalten, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung des E.ON-Konzerns beruhen. Verschiedene bekannte wie auch unbekannt Risiken, Ungewissheiten und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächlichen Ergebnisse, die Finanzlage, die Entwicklung oder die Performance der Gesellschaft wesentlich von den hier gegebenen Einschätzungen abweichen. Diese Faktoren schließen diejenigen ein, die wir in Mitteilungen an die Frankfurter Wertpapierbörse sowie an die amerikanische Wertpapieraufsichtsbehörde (inkl. Form 20-F) beschrieben haben. Die Gesellschaft übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an zukünftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

Der Konzernabschluss der E.ON AG wird nach den United States Generally Accepted Accounting Principles (US-GAAP) aufgestellt. In dieser Pressemitteilung können bestimmte (evtl. auch zukunftsbezogene) Kennzahlen genannt werden, die nicht in Übereinstimmung mit US-GAAP Rechnungslegungsstandards ermittelt wurden. Diese Kennzahlen werden als nicht nach US-GAAP ermittelte Kennzahlen (Non-GAAP financial measures) gemäß dem US-amerikanischen Federal Securities Law bezeichnet. E.ON leitet diese Kennzahlen über auf die nächst vergleichbare US-GAAP-Kennzahl oder Zielgröße; diese Überleitung wird entweder in dieser Pressemitteilung, im Geschäftsbericht oder auf der Website unter www.eon.com veröffentlicht. Das Management ist der Ansicht, dass die von E.ON verwendeten Non-GAAP financial measures, wenn sie in Verbindung mit – aber nicht anstelle von – anderen gemäß US-GAAP ermittelten Kennzahlen betrachtet werden, das Verständnis der Liquiditäts- und Ergebnisentwicklung des Unternehmens erhöhen. Eine

Vielzahl dieser Non-GAAP financial measures werden allgemein von Analysten, Ratingagenturen und Investoren verwendet, um ein Unternehmen zu bewerten und die unterjährige und zukünftige Unternehmensentwicklung und den Wert von E.ON zu anderen Wettbewerbern zu vergleichen. Die Non-GAAP financial measures sollten nicht isoliert als Kennzahl für die Ertragslage oder Liquidität von E.ON betrachtet werden. Sie sollten deshalb nicht als Ersatz, sondern stets als Zusatz zu Konzernüberschuss, Cashflow aus der Geschäftstätigkeit fortgeführter Aktivitäten und anderen gemäß US-GAAP ermittelten Ertrags- oder Cashflowgrößen gesehen werden. Die Non-GAAP financial measures, die von E.ON verwendet werden, können sich von denen anderer Unternehmen unterscheiden und sind somit nicht notwendiger Weise mit ähnlich bezeichneten Kennzahlen anderer Unternehmen vergleichbar.